



PRO VITA – Bewegung für Menschenrecht auf Leben

Nr. 4/2018

A-3073 Stössing 32

Telefon: 0043 (0) 650 3073032

E-Mail: verein@provita.at

Homepage: www.provita.at

Bankverbindung IBAN: AT35 6000 0000 0752 0222 BIC: OPSKATWW

ZVR-Zahl 280955592 **GZ 02Z031039 M P.b.b.**

VerlagsPA 3071 **AufgabePA 3040**

Wer Europa wirklich liebt, wünscht sich die Auflösung der EU.

Liebe Freunde und Mitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte hier die aktuelle politische Lage aus höchstpersönlicher Sicht betrachten. Wir haben seit einem Jahr in Österreich eine neue Regierung, die sich in einem sehr wichtigen Punkt günstig ausgewirkt hat, nämlich dass wir unseren **Marsch für die Familie** weitgehend ungestört abhalten konnten. Dafür sind wir sehr dankbar.

Was die Politik selbst betrifft, müssen wir feststellen, dass wir mit unseren Erwartungen enttäuscht worden sind. Einen einzigen bemerkenswerten Lichtblick gibt es im schulischen Bereich, nämlich die Wiedereinführung der Schulnoten in der Volksschule und die Möglichkeit des Sitzenbleibens. Sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Wenn wir aber die derzeitige Politik beurteilen wollen, müssen wir etwas tiefer blicken. Immer wieder müssen wir uns vor Augen halten, dass die wichtigste Aufgabe darin bestehen würde, **Politik für die Familien und für die Kinder** zu machen. Es müsste also alles geschehen, dass junge Menschen Familien gründen und Kinder an Leib und Seele gesund aufwachsen können. Nach wie vor ist das Gegenteil der Fall. Deutlich gesagt: **das im Marxismus begründete Bestreben, die Familien zu zerstören und die Kindererziehung zu verstaatlichen, ist weiterhin Maxime der Politik.** Die Regierung denkt nicht einmal an Maßnahmen, die sie mit ihrer parlamentarischen Mehrheit in Angriff nehmen könnte. Es müsste dafür gesorgt werden, dass das Trommelfeuer so gut wie aller Medien, der Kunstszene und der Bildungseinrichtungen gegen echte Familien gestoppt wird, wenn es schon nicht ins Gegenteil verkehrt werden kann. Einige geeignete Maßnahmen (leider utopisch) wären: komplette **Streichung der Presseförderung** (was bedeuten würde, dass alle Zeitungen aufgeben müssten), Beseitigung aller **Früchte der Gender-Ideologie**

(Abschaffung der Gender-Lehrstühle an den Universitäten, Schaffung einer Ent-Genderisierungs-Kommission, die alle Spuren dieses Unsinns aus Gesetzen und Bildungseinrichtungen beseitigt, Abschaffung der eingetragenen Partnerschaft statt Installierung der Homo-Ehe), keine Steuergelder für familienfeindliche Kunstwerke. Um nur einige Beispiele zu nennen. **In positiver Hinsicht wäre eine Familienpolitik notwendig, die es den Vätern ermöglicht, ihre Familien allein zu erhalten bzw. den Müttern die Freiheit gibt, bei ihren Kindern zu bleiben.** (Für diejenigen, die das noch immer nicht wissen: es gibt wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse, dass Kinder bis zum Alter von drei Jahren als Bezugsperson die Mutter brauchen). Wenn wir noch tiefer ansetzen, dann kommen wir zum Lebensschutz. Solange es möglich und rechtlich zulässig ist, die eigenen Kinder zu töten, wird es keine menschenwürdige Gesellschaft geben, die diesen Namen verdient. Eine Rechtsordnung, die ihre erste und grundsätzliche Aufgabe nicht wahrnimmt, nämlich das menschliche Leben zu schützen, verdient diese Bezeichnung nicht. Mit anderen Worten: es gibt keine andere Möglichkeit, als die **Strafbarkeit der Abtreibung** wieder einzuführen. Alles andere, Einführung einer Statistik oder die Trennung von beratendem und abtreibendem Arzt, mag schön und gut sein, bleibt aber Makulatur.

Zum Lebensschutz läuft eine begrüßens- und unterstützenswerte Unterschriftenaktion unter „**fair-ändern**“, die sehr sanft auf positive Veränderungen drängt, doch die Politik behandelt alles, was mit diesem Problem zusammenhängt, wie eine heiße Kartoffel. Da wäre es sachlich ehrlicher und taktisch geschickter, gegen die „Fristenlösung“ als solche aufzutreten. Denn es wird mit Sicherheit eine Zeit kommen, wo man über die Verbrechen unserer Generation an den ungeborenen und geborenen Kindern entsetzt sein wird. Mit Unverständnis wird man die Heuchelei ansehen, dass heute die **Bilder der zerfetzten Kinder** als „ungehörig“ und „geschmacklos“ gelten, und die geborenen Kinder von Staats wegen durch sogenannte **Sexualaufklärung** ihrer Kindheit beraubt werden. Zugleich geht man angeblich energisch gegen Kinderpornographie vor. Heuchlerisch ist in internationalen Konventionen, in Gesetzen und in gerichtlichen Pflegschaftsverfahren ständig vom **Kindeswohl die Rede, welches den Entscheidungsträgern in Wahrheit völlig gleichgültig ist.** Wäre dem nicht so, dann dürfte es z.B. keine künstliche Befruchtung und keine Adoption durch Schwule und Lesben geben.

Wie einfach wäre es, eine Familien-, Kultur- und Medienpolitik zu machen, die kinderreiche Familien möglich macht und fördert. Einfach und unmöglich zugleich, weil das niemand (buchstäblich NIEMAND) will. **Man müsste sich nur einmal die Irrwege der letzten Jahrzehnte vor Augen halten.** War es wirklich so schlecht, dass die Ehefrau einen absoluten Unterhaltsanspruch gegen den Ehemann hatte? Ist es wirklich abwegig, darüber nachzudenken, ob die Möglichkeit der Ehescheidung nicht doch ein Übel ist, besonders auch

für die Kinder? Natürlich müsste bei einem solchen Nachdenken auch einbezogen werden, dass es nicht um Einzelmaßnahmen sondern um eine grundlegende Änderung der Einstellung der Gesellschaft gehen muss. Wenn wir überleben wollen, muss es einen radikalen **Umbau der Rechts- und Gesellschaftsordnung** geben. Und das heißt für mich, dass der christlich-katholische Glaube für Staat und Recht prägend sein muss, genauso wie heute der Marxismus (die „Irrtümer“ Russlands, von denen die Gottesmutter in Fatima gesprochen hat) unser ganzes Leben prägt. Seien wir doch endlich ehrlich! Für die meisten unter uns, die den Marxismus berechtigterweise und energisch ablehnen, kommt eine Gesellschaftsordnung auf christlicher Basis nicht in Frage. Es gibt aber keine andere Alternative zur heutigen Dekadenz und den unverkennbaren Zerfallserscheinungen.

Von der **Hierarchie der katholischen Kirche** im derzeitigen Zustand ist eine Hilfestellung oder auch nur Anregung für einen solchen Umbau nicht zu erwarten, eher im Gegenteil. Hat doch schon Papst Paul VI vor vielen Jahren konstatiert, dass der Rauch Satans in die Kirche eingedrungen ist. Dennoch sind klare Handlungsanweisungen für eine richtungsweisende Politik nur auf christlicher Basis denkbar, und zwar durch kundige Laien und gegen den Willen der Bischöfe, über deren langes **Sündenregister** nur andeutungsweise gesprochen werden kann. Das beginnt mit dem eigenen Glaubensabfall. **Wenn Götzendiener vor dem Allerheiligsten ihrem Kult frönen dürfen**, dann ist das zuerst einmal eine Todsünde gegen das erste Gebot. Dass man diesen „Stein“ aus dem „Gebäude“ des Glaubens herausgenommen hat, hat das ganze Gebäude bereits an den Rand des Einsturzes gebracht. Der **Homo-Kult** und das dazu gehörige **Netzwerk** konnte sich nur mit Duldung der Bischöfe in der Kirche ausbreiten. **Jetzt lässt man sich für Missbräuche prügeln, die ganz „normale“ und zu erwartende Übergriffe homosexueller Priester sind.** Und das Rezept dagegen ist, Homosexualität in der Kirche sozusagen gesellschaftsfähig zu machen. (Siehe die sakrilegische Messfeier im Wiener Stephansdom). Durch einen verfälschten Begriff von „Barmherzigkeit“ wird die **Heiligkeit des Ehesakramentes** zerstört. Es dürfte auch kein wirkliches Interesse daran bestehen, dass der **christliche Glaube in Europa** erhalten bleibt. Wogegen die europäischen Völker und mit ihnen die Kirche seit dem Entstehen des **Islam** gekämpft haben, hat sich ins Gegenteil verkehrt. **Verrat, Realitätsverlust oder Verrücktheit** spielen sich vor unseren Augen ab. Dieselben Bischöfe, die Götzendienern gegenüber nicht genug Untertänigkeit signalisieren können, feiern am 12. September das Fest Mariä-Namen, welches an die Befreiung Wiens 1683 erinnert. Papst Pius V. wird – Gott sei Dank – noch immer als Heiliger verehrt, doch er hat – schrecklich, schrecklich – während der Schlacht von Lepanto für den Sieg der christlichen Flotte den Rosenkranz gebetet.

Nun ebenso pointiert eine Beschreibung der politischen Landschaft. Erstes Ziel der Politik sollte sein, den **Bestand des eigenen Volkes** zu sichern und nicht nur „Brot und Spiele

(panem et circenses)“ zu liefern und damit die Menschen einzulullen. Auch hier geschieht das Gegenteil. Europas Völker sterben aus, und deren Untergang wird von UNO und EU aktiv gefördert. Wir kennen doch die Programme zur Durchsetzung der „**reproduktiven Gesundheit**“, wie der Massenmord an den Ungeborenen geschönt umschrieben wird, und die Förderung der **Kultur des Todes** durch Homo-Kult, Gender-Ideologie und Euthanasie. Und dazu kommt: Am 10./12. Dezember 2018 soll bzw. wird von Regierungsvertretern aus aller Welt (sichere Ausnahmen nur USA und Ungarn) ein **UNO-Migrationspakt** unterschrieben, der Masseneinwanderung (natürlich insbesondere nach Europa) erleichtern und die „Menschenrechte“ der Immigranten sichern soll. Diese Menschenrechte werden in freiem Zugang zu sozialen Diensten wie Gesundheitsvorsorge, Bildung, Wohnen und sozialer Schutz bestehen. Bemerkenswerterweise soll auch dafür gesorgt werden, dass Geldüberweisungen in die Heimat der Einwanderer schnell, sicher und preiswert erfolgen können. Falls überhaupt etwas über diesen Migrationspakt in die Öffentlichkeit dringen wird, wird mit Sicherheit die Lüge mitgeliefert, es handle sich um keinen verbindlichen Pakt, was – lassen Sie sich das von einem Juristen sagen – tatsächlich eine glatte Lüge ist. **Da stellt sich die Frage, warum hassen diese Politiker ihre Völker so sehr, dass sie ihren Untergang wünschen?** Die Betreiber dieser vom Satan inspirierten Pläne handeln sicher in der Absicht, unsere Kultur und damit Europa und das Christentum zu zerstören. **Wer noch immer glaubt, die EU wäre reformierbar, ist hoffnungslos naiv.** Die Förderung der mohammedanischen Eroberung Europas ist Teil des Plans, das Christentum und insbesondere die katholische Kirche zu zerstören, was manchmal sogar unumwunden zugegeben wurde. „Christliche“ Politiker arbeiten seit langer Zeit eifrig daran mit. (Siehe Vladimir Palko's „Die Löwen kommen“).

Was können wir noch tun? Noch können wir trotz der Einschränkung der Meinungsfreiheit **Aufklärungsarbeit** leisten. Und wir müssen aktiven Widerstand leisten. Das geschieht bereits, auch unter Beteiligung des Vereins PRO VITA. Und was ich persönlich für sehr wichtig halte: Alle Leser dieser Zeilen, die um die **Macht des Gebetes** wissen, rufe ich auf, ganz konkret um den Untergang von EU und UNO zu beten. Die Auflösung dieser von Marxisten beherrschten Institutionen würde deren Pläne zunichtemachen.

Widerstand leisten müssen wir durch die Teilnahme an den **Kundgebungen**:

Samstag, **24. November 2018**, 13 Uhr, Wien, Stephansplatz, **Marsch fürs Leben**

Samstag, **1. Dezember 2018**, 13 Uhr, Wien, Ballhausplatz, **„Nein zu den UNO- und EU-Migrations-Pakten“**